



CONCOURS GRANDE ECOLE
ORAUX LVB ALLEMAND

Choix de textes de la session Juin 2024

Angst vor Speisekarten? Wie die müde Jugend wirklich tickt

Anita Kattinger, Der Kurier, 30.1.24

Pandemie, Teuerung, Krieg: Die Generation Z fühlt sich erschöpft und sucht nach Vorbildern in der Alltagsbewältigung.

Träge, unmotiviert, faul und sogar ängstlich vor Restaurantbesuchen. Unlängst ließ eine Umfrage aufhorchen, dass junge Erwachsene in den USA Furcht hätten, Gerichte aus Speisekarten auszuwählen. Aber nicht nur das: Sie hätten sogar Angst davor, mit den Kellnern zu sprechen.

Es vergeht keine Woche ohne sarkastische Umfragen über die Generation Z, jene, die zwischen 1995 und 2010 geboren wurden. Eine, die wissen muss, wie Österreichs Jugend wirklich tickt, ist die Soziologin Beate Großegger: "Ich beobachte den Trend, dass die Erwachsenen-Gesellschaft Fragen an die Jugend hat und von der Forschung gerne beantwortet bekommen will. Wenn eine Angst vor Speisekarten angesprochen wird, muss ich schmunzeln. Sowohl wir Erwachsene als auch die sehr krisengeplagte junge Generation haben im Moment ganz andere Probleme."

Wunsch nach Sicherheit

Seit bald drei Jahrzehnten beschäftigt sich Großegger vom Institut für Jugendkulturforschung mit den Hoffnungen und Sorgen der Jugendlichen. "Es zeigt sich, dass die junge Generation ein extrem hohes Sicherheitsbedürfnis hat, dass sie Stabilität und Kontinuität wünscht, dass sie Perspektiven sucht, wie sie ihr Leben planen kann, und auch Orientierung braucht."

Man könnte auch von der Generation Feedback sprechen: Die 16- bis 29-Jährigen wünschen sich laut aktuellen Studien Vorgaben, die wertschätzend von ihren Ausbildnern vorgebracht werden. Sie sehnen sich nach Vorbildern in der Alltagsbewältigung. "Es handelt sich um eine Generation, die sich von uns Erwachsenen durchaus erwartet, dass wir nicht nur mit dem moralischen Zeigefinger oder der vorgetragenen Lebensweisheit daherkommen, sondern dass wir vorleben, wie es geht. Erwachsene, die zeigen, dass man auch in schwierigen Zeiten gut leben kann sowie zuversichtlich, positiv und erfolgreich in die Zukunft geht."

Nach Meinung der Jugendforscherin "eine schwierige, aber zugleich spannende Herausforderung, vor der wir stehen, wenn wir über die nachfolgende Generation sprechen".

Wie passen solch pragmatischen Wünsche mit der Generation Feierabend zusammen? Junge Menschen sehen, dass die Gesellschaft unter einer Verdichtung der Arbeitszeit leidet und vor diesem Hintergrund ist die Debatte um die sogenannte Work-Life-Balance entstanden. "Weil der Druck in der Arbeitswelt für ihre Eltern, Nachbarn oder älteren Freunde bereits hoch ist, wissen sie nicht, ob sie ohne ausreichend Zeit für Regeneration bis zur Pension durchhalten. Die Jugendlichen von heute sind teilweise extrem realitätsbezogen und nüchtern in der Betrachtung."

Krisenmanagement

Pandemie, Teuerung, Krieg in Europa: Angesichts der Krisen unserer Zeit ziehen sich die Jugendlichen sehr stark in ihre kleine soziale Lebenswelt zurück: Sie suchen laut der Studie "Generation Nice" Gemeinschaft, Harmonie und Gemütlichkeit. Von einer "unbeschwerten" Jugend kann man ganz und gar nicht sprechen: Nur ein Prozent bezeichnet sich als unbeschwert. Die Jugend beschreibt sich selbst als zufrieden, müde und gestresst. Zufrieden sind jene, die sich auf Familie und Freunde konzentrieren. "Aber wenn man die Zukunft der Gesellschaft abfragt, ist die Gruppe der Zuversichtlichen ganz klein."

Was die Gesellschaft für diese erschöpfte Jugend tun kann: "Was ihnen fehlt, sind Krisenmanagement-Kompetenzen – auch in der Politik –, da sind wir nicht wirklich gute Vorbilder. Wir müssten zeigen, wie wir mit den Ressourcen, die wir ganz konkret in der aktuellen Situation zur Verfügung haben, Problemlösungen finden."

Ganz generell, glaubt Großegger, könnten sich auch Erwachsene von den Jungen etwas abschauen: "Sie sagen, ausreichend Schlaf ist unheimlich wichtig, um mit diesen großen Krisen unserer Zeit besser umzugehen. Eigentlich würde man sich so eine Aussage von Jugendlichen nicht erwarten. Sie sagen, dass Bewegung, Sport und Rausgehen dabei hilft, einfach mal abzuschalten und aus Gedankenspiralen herauszukommen. Eine Jugendgeneration, die auf Party ohne Ende setzt, gibt es nicht mehr."

Aufstand gegen das Robotaxi

Sb, Elektronikpraxis Online, 14.2.24

Autonomes Fahren im normalen Straßenverkehr ist umstritten. Insbesondere moralische und ethische Entscheidungen, die der Fahrzeugcomputer in unvorhersehbaren Situationen treffen muss, werden kritisch hinterfragt. San Francisco dient derzeit als Testgebiet für die autonomen Taxis von Waymo und Cruise. Das trifft nicht auf Zustimmung aus der Bevölkerung, wie ein aktueller Vorfall zeigt.

Die Vision des autonomen Fahrens ist keine Entwicklung der jüngsten Zeit. Bereits in den 1920er-Jahren gab es futuristische Vorstellungen von selbstfahrenden Fahrzeugen. Konkrete Forschungen und Entwicklungen im Bereich des autonomen Fahrens begannen jedoch erst in den späten 20. und frühen 21. Jahrhunderten. In den vergangenen Jahrzehnten haben Fortschritte in der künstlichen Intelligenz, Sensorik, Fahrzeugtechnik und Computerleistung dazu beigetragen, dass autonome Fahrzeuge heute Realität werden könnten.

Wie diese Realität aussehen könnte, wird seit Sommer 2023 im Stadtgebiet von San Francisco ausprobiert, denn seither dürfen die autonomen Taxis der GM-Tochter Cruise und der Google-Tochter Waymo im Stadtverkehr fahren. Wobei: Die Fahrzeuge von Cruise durften rollen.

Im Oktober 2023 wurde die vergebene Lizenz durch die Kfz-Zulassungsstelle Kalifornien entzogen, weil es zu einem Unfall mit Personenschaden gekommen war. Das Cruise-Taxi hatte zwar kein Verschulden an dem Unfall. Eine Frau war von einem anderen Auto mit Fahrer vor das Taxi gestoßen worden. Das autonome Cruise-Auto, das nicht schnell genug bremsen konnte, klemmte die Frau ein und schleifte sie mehrere Meter mit.

Die Freigabe des Testgebiets durch eine kalifornische Aufsichtsbehörde stieß bei der Stadtverwaltung von San Francisco und auch in der Bevölkerung auf Widerstand,

teilweise sehr destruktiven Widerstand, wie ein Vorfall vom vergangenen Wochenende zeigt.

Den Berichten zufolge (via) stand ein autonomes Taxi von Waymo am Abend des 10. Februar 2024 zu den Festivitäten zum chinesischen Neujahr in Chinatown in San Francisco auf der von Menschen blockierten Straße. Zunächst sollen die Scheiben des Wagens von zehn bis 15 Menschen eingeschlagen worden sein, die es umringt hatten. Anschließend wurde es mithilfe eines Feuerwerkskörpers in Brand gesteckt. In dem Fahrzeug befand sich zu diesem Zeitpunkt niemand; die Polizei untersucht den Vorfall von Brandstiftung.

Die autonomen Fahrzeuge sind in der Stadt nicht gerne gesehen, etwa weil ihnen nachgesagt wird, dass sie den Verkehr blockieren und weil sie primär in jüngerer Zeit in Unfälle verwickelt waren. Dennoch ist der Vorfall kritisch zu sehen. „Es war ein gefährlicher und zerstörerischer Akt von Vandalismus“, sagte Bürgermeister London Breed (via). „Chinatown ist eines der dichtesten Viertel in San Francisco, und ein Feuer könnte explodieren und sich unter eng beieinander stehenden Gebäuden ausbreiten, um Leben, Wohnungen und Unternehmen zu gefährden. Es war eine inakzeptable Handlung, die in unserer Stadt keinen Platz hat, und wir werden daran arbeiten, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.“

Autonomes Fahren ist aus vielen Gründen umstritten. Einerseits besteht Unsicherheit bezüglich der Sicherheit autonomer Fahrzeuge, da befürchtet wird, dass sie unvorhergesehene Situationen nicht angemessen bewältigen. Dies wirft Haftungsfragen auf und führt zu ethischen Diskussionen über das Verhalten der Fahrzeuge in Notfällen. Ebenso stehen Befürchtungen wie Arbeitsplatzverluste und zum Datenschutz im Raum.

Trotz der potenziellen Vorteile bleiben diese Bedenken und rechtlichen Herausforderungen ein zentrales Thema bei der Diskussion über die Einführung autonomer Fahrzeuge. Was sich jedoch festhalten lässt, ist, dass die Lösung der Probleme nicht im Vandalismus liegt.

ARBEITSKRÄFTE; Von wegen faul

Alexander Hagelüken, Süddeutsche Zeitung, 18.4.24

In Deutschland wird gerade intensiv über Arbeitszeiten diskutiert. Kann sich Deutschland angesichts von Personalknappheit und internationalem Wettbewerb Vier-Tage-Wochen leisten? Manche Unternehmer insinuieren, viele Deutsche seien faul geworden. Doch erstens stimmt das nicht, wie neue Daten zeigen. Und zweitens ist es, sagen wir: gedankenfaul. Wer Beschäftigte möchte, sollte Menschen nicht beleidigen, sondern motivieren - und Hindernisse beseitigen, die sie von der Berufstätigkeit abhalten. Das gilt für Unternehmer genauso wie für die Politik.

Die Ansprüche stehen sich scheinbar unversöhnlich gegenüber: Da sind Beschäftigte, die etwa wegen beruflicher Belastung kürzertreten möchten. Und da sind Arbeitgeberfunktionäre wie Steffen Kampeter, der schroff verlangt: „Wir werden länger arbeiten müssen“. Gute Work-Life-Balance? Bekomme man auch mit 39 Stunden Arbeit die Woche hin.

Doch der Wunsch nach kürzeren Arbeitszeiten etwa wegen Stress und Schichtarbeit kollidiert gar nicht so stark mit Personalbedarf und Wohlstand, wie manche Arbeitgeber suggerieren. Das beste Beispiel ist: die Bundesrepublik selbst.

Wie eine neue Studie zeigt, sind Beschäftigte heute im Schnitt zweieinhalb Stunden die Woche kürzer berufstätig als bei der Wiedervereinigung. Auch weil Gewerkschaften kürzere Arbeitszeiten durchgesetzt haben und Männer kürzertreten, um sich etwas mehr um Haushalt und Kinder zu kümmern. Weil aber deutlich mehr Frauen berufstätig sind, liefern die Beschäftigten insgesamt so viele Arbeitsstunden wie nie - und 15 Prozent mehr als vor 20 Jahren. Außerdem sind sie produktiver, leisten also in einer Stunde mehr als früher. Und darauf - auf das gesamte Arbeitsvolumen und die Produktivität - kommt es an. Für den Personalbedarf ebenso wie für den Wohlstand. Keinen Bock auf Arbeit? Davon kann keine Rede sein.

Es ist verständlich, dass die Unternehmen Personalnot fürchten, weil in den nächsten Jahren Millionen Beschäftigte mehr in Rente gehen, als Berufseinsteiger anfangen. Doch als Antwort auf diese demografische Entwicklung taugen befehlsartige Forderungen nach Mehrarbeit nicht. Millionen Arbeitnehmer lassen sich ungern sagen, was sie gefälligst zu tun haben. Erst recht nicht von Funktionären oder Unternehmern, die ein Vielfaches verdienen - und von den Beschäftigten Mehrarbeit zum Normalo-Lohn fordern, den zuletzt auch noch die Inflation schrumpfte.

Wer Personal möchte, sollte Arbeitnehmer motivieren. Also nicht das Letzte aus ihnen herausquetschen, um den Gewinn zu maximieren. Sondern für gute Arbeitsbedingungen sorgen - und anständig bezahlen. Zuletzt verdienten Beschäftigte wegen der Inflationswelle real weniger als 2015. Da gibt es viel Spielraum, die Gehälter anzuheben. Unternehmen könnten sich auch gezielt um ältere Mitarbeiter kümmern, statt diese wie VW und andere Konzerne in Frührente zu schicken, um Kosten zu senken. Mehr Mitarbeiter über 60 im Job zu halten, würde für Millionen Beschäftigte mehr sorgen. Potenziale für Mehrarbeit können auch Politik und Gesellschaft heben. Etwa in dem sie rational über die dringend benötigte Migration reden, statt Zuwanderer mit fremdenfeindlichen Tönen abzuschrecken.

Zuweilen wundert man sich, wie über Personalknappheit lamentiert wird und dabei offensichtliche Hindernisse für mehr Arbeit übersehen werden. Minijobs etwa verleiten Menschen durch Steuer- und Sozialabgabenvorteile dazu, nur wenige Stunden pro Woche berufstätig zu sein. Die Bundesregierung sollte sie abschaffen. Und das Ehegattensplitting gleich mit, weil es dem Zweitverdiener in der Ehe eine riesige Steuerbelastung beschert, wenn er (meist: sie) mehr berufstätig sein will.

Die Arbeitnehmer oder auch die jüngere Generation Z als faul abzustempeln, ist nicht nur falsch - sondern kontraproduktiv. Der drohende Personalmangel ist kein unabänderliches Schicksal. Es gibt viele Möglichkeiten, Mehrarbeit anzuregen. Unternehmen und Politiker müssen sie nur endlich nutzen.

Besser gebildet, länger in Pension

Wolfgang Luigi, Die Presse, 20.4.24

Sozialstaat. Menschen mit wenig Bildung leben im Schnitt kürzer als Akademiker. Daher sind sie auch kürzer im Ruhestand. Soll eine Pensionsreform diesen sozialen Aspekt berücksichtigen?

Wien. Braucht Österreich eine Pensionsreform – und wenn ja, wann? Darüber ist diese Woche eine Debatte entbrannt. Anlass waren Aussagen der Wifo-Ökonomin Christine Mayrhuber, die seit April auch Vorsitzende der Alterssicherungskommission ist. Eine große Pensionsreform inklusive Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters sei frühestens in zehn Jahren sinnvoll, hat sie im „Presse“-Interview gesagt. Man solle zuerst den Übergangszeitraum für Frauen abwarten: Ab heuer wird das gesetzliche Antrittsalter für Frauen pro Jahr um je sechs Monate angehoben, bis es 2033 bei 65 Jahren und damit auf dem Niveau der Männer liegt.

In der Debatte ging es auch um einen interessanten Aspekt: Mayrhuber sagte, nur auf eine Anhebung des Antrittsalters abzustellen sei „nicht durchdacht“. Denn: Für Akademiker liege die Restlebenserwartung mit 65 Jahren bei 21 Jahren, für Männer mit Pflichtschulabschluss als höchster Ausbildung bei lediglich 16 Jahren. Orientiere man sich beim Pensionsantrittsalter nur an einem Faktor, produziere man „soziale Verwerfungen“, sagte Mayrhuber.

Einige Länder haben bereits ein flexibles Antrittsalter eingeführt, das sich an der Lebenserwartung orientiert, und koppeln das oft mit Anreizen, im Alter länger zu arbeiten. Finnland hat die Möglichkeit eingeführt, nur einen Teil der Pension zu beziehen und in reduziertem Ausmaß weiterzuarbeiten. In Schweden gibt es bereits seit Ende der 1990er-Jahre die Möglichkeit, die Höhe der Pensionen an die Entwicklung der Lebenserwartung und der Wirtschaft anzupassen.

Aber ist es sinnvoll, bei solchen Reformen auch den sozialen Aspekt einzubeziehen – also zu berücksichtigen, dass weniger gebildete Menschen im Durchschnitt kürzer leben als besser gebildete?

„Es ist definitiv so, dass Bildung mit höherer Lebenserwartung korreliert“, sagt Martin Halla, der an der Wirtschaftsuniversität zu Arbeitsmarktpolitik forscht. „Allerdings geht es in der Pensionsversicherung genau darum: Es ist eine Versicherung gegen

unerwartet langes Leben.“ Jene, die kürzer leben, haben weniger davon als jene, die länger leben, sagt Halla. Analog gebe es in der Arbeitslosenversicherung einen Transfer von jenen, die arbeiten, zu Arbeitslosen und in der Krankenversicherung von Gesunden zu Kranken. „Das ist das Prinzip einer Versicherung.“

Halla findet, dass man eine Pensionsreform „schon vor 15 Jahren gebraucht“ hätte. Für 2024 sind Staatsausgaben für die gesetzliche Pensionsversicherung und Beamtenpensionen von 29,5 Mrd. Euro vorgesehen, was fast einem Viertel des Gesamtbudgets entspricht. „Das System soll sich schon selbst finanzieren können“, sagt Halla. Auch Fiskalrat-Chef Christoph Badelt wies diese Woche eindringlich darauf hin, wie wichtig eine Pensionsreform sei. Er kritisierte vor allem die hohen Kosten, die sich der Staat durch außertourliche Pensionserhöhungen aufgeladen hatte.

Solche zusätzlichen Aufwendungen entstehen zum Beispiel, weil niedrigere Pensionen in der Vergangenheit oft stärker erhöht wurden als höhere. Laut Berechnungen des Fiskalrats gab es seit 2018 außertourliche Erhöhungen, die sich auf 8,4 Mrd. Euro summieren. „Und das in einer Phase, in der wir eigentlich die Nachhaltigkeit des Pensionssystems erhöhen müssten“, sagte Badelt zur „Presse“.

Im Jahr 2022 gingen Frauen in Österreich im Durchschnitt mit 60,1 Jahren in Pension (Alters- und Invaliditätspensionen) und Männer mit 62,1 Jahren. Wer in Frühpension geht, muss Abschläge hinnehmen. Dennoch gingen zuletzt zwei Drittel der Männer vor dem Regelpensionsalter in Pension.

Einer, der vehement eine Pensionsreform fordert, ist der Ökonom Holger Bonin, Leiter des Instituts für Höhere Studien. Er spricht sich für eine Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters auf 67 Jahre aus, und weil das eine gewisse Vorlaufzeit braucht, „sollte man diese Reformen heute schon auf den Plan setzen“, sagt er zur „Presse“. Mit Übergangsfristen sei eine Umsetzung bis 2050 realistisch.

Damit, dass schlechter qualifizierte Menschen im Durchschnitt eine niedrigere Lebenserwartung haben, dürfe man sich nicht abfinden, sagt Bonin. Der zentrale Hebel sei, in die Gesundheit zu investieren, „damit sie länger leben“.

Bürgergeld

Angelika Melcher, WirtschaftsWoche, 24.4.24

Das Bürgergeld ist politisch hoch umstritten – wie aber denken die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Jobcentern über die Reform? Das DIW und die Uni Bochum fragten nach – und erhielten ein vernichtendes Urteil.

Seit über einem Jahr ist das Bürgergeld-Gesetz in Kraft und seitdem ist es das große Streitthema zwischen den Parteien. Der CDU ist die Sozialleistung ein Dorn im Auge, eine Grundsicherung wird gefordert, die FDP plädiert für schärfere Sanktionen und die SPD verteidigt schlicht ihre Reform.

Treibende Kraft bei der Umsetzung der Bürgergeld-Regeln sind die Mitarbeitenden in den Jobcentern. Doch auch dort sieht eine große Mehrheit der Beschäftigten das Bürgergeld kritisch. Das hat eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und der Uni Bochum ergeben, bei der rund 1900 Beschäftigte in sieben nordrhein-westfälischen Jobcentern befragt wurden. DIW-Studienautor und Sozialwissenschaftler Jürgen Schupp betont im Gespräch mit der WirtschaftsWoche, dass die Ergebnisse nicht repräsentativ seien, zeigt sich aber trotzdem „sehr überrascht von den negativen Ergebnissen“.

Denn stolze 60 Prozent der befragten Mitarbeitenden lehnt die Erhöhung des Regelsatzes ab: Das Bürgergeld war zu Jahresbeginn auf 563 Euro für Alleinstehende angehoben worden – ein Anstieg um etwa 12 Prozent. Auch mildere Strafen für Bürgergeldbezieher, die Termine oder Fristen versäumen, lehnen 73 Prozent der Jobcenterbeschäftigten ab. So konnte bisher den Beziehern der Regelsatz bis zu 30 Prozent gekürzt werden, allerdings nur gestreckt über mehrere Monate. Inzwischen kann das Bürgergeld für zwei Monate komplett gestrichen werden. Das gilt seit Ende März, war also während der Befragung noch nicht in Kraft.

Auffallend sind die von den Beschäftigten geäußerten negativen Folgen der Bürgergeldreform. Demnach wirkten sich die neuen Regeln auf Motivation, Anreize und Kooperation von Bürgergeldempfängern aus. Deutlich mehr als die Hälfte der Mitarbeitenden geht davon aus, dass sich die Motivation, die Anspruchshaltung, die Erreichbarkeit und die Mitwirkung von Kundinnen und Kunden verschlechtert habe.

Bürgergeld: Höhere Regelsätze für Kinder werden gelobt

Die Arbeitssituation und die Stimmung der Beschäftigten spiegele die polarisierte Debatte zum Thema Bürgergeld in Politik und Gesellschaft wieder, sagt Schupp. „Die Umsetzung solcher Reformen sind die Wirklichkeiten, die die Menschen im Jobcenter beschäftigen. Der ganze Streit und das Ringen rund um das Thema befeuern Ablehnung und Skepsis in der Bevölkerung und unter den Mitarbeitenden, anders als wenn das Gesetz in großer Einigkeit auf den Weg gebracht wird.“ Schupp schlägt vor, das Thema aus Streitdebatten rauszulassen, „bevor wirklich die Wirkungen klar sind“.

Die Politik habe zu hohe Erwartungen an das Bürgergeld. „Wenn man sagt, dass das die größte Arbeitsmarktreform seit 20 Jahren ist, legt das die Erwartungsebene sehr, sehr hoch“, so der Studienautor., „Die Beschäftigten haben immer noch genauso viele Kunden und der Grad der Bürokratisierung und Digitalisierung ist komplexer geworden.“

Positiv beurteilen die Jobcentermitarbeiter dagegen die höheren Regelsätze für Kinder sowie das verbesserte Coaching-Angebot für Langzeitarbeitslose. Rund 60 Prozent der Befragten bezweifeln allerdings, dass die neuen Regeln für Bürgergeld-Bezieher einen großen Anreiz liefern, sich eine Stelle zu suchen.

Schupp betont, dass das Ergebnis und der Umgang im Jobcenter häufig von der Person abhängen, an die man im Jobcenter gerate. „Die einen loben, dass wir von der Behördensprache weg sind, weil sie jetzt eine bessere Basis haben, um eine Beziehung zu den Leistungsbeziehenden aufzubauen, andere wollen die Behördensprache wiederhaben.“ Das gleiche gelte für den Kooperationsplan, der die frühere Eingliederungsvereinbarung abgelöst habe. „Einige finden den großartig, andere sagen er sei nicht die Tinte wert, mit der er geschrieben wurde.“

Trotzdem sollte der Sache noch Zeit gegeben werden. Als Anfang der 2000er das Hartz-Gesetz umgesetzt wurde, konnte ebenfalls eine negative Stimmung unter den Beschäftigten ausgemacht werden. „Eine Durchsetzung von Reformen ist immer Arbeit, aber eben auch eine Frage der Vermittlung durch die Politik.“

Cannabis- ist nach Alkoholabhängigkeit die zweithäufigste Sucht

Max Sprick, Neue Zürcher Zeitung, 25.4.24

In Deutschland hat sich die Zahl der Therapien wegen übermässigen Kiffens seit der Jahrtausendwende verzehnfacht

Seit der Jahrtausendwende haben sich in Deutschland drei Mal so viele Menschen wegen Problemen mit Cannabiskonsum an ambulante Suchthilfen gewandt. Stationär sind es sogar noch mehr, die Hilfe suchen mussten – diese Zahl hat sich verzehnfacht. Das geht aus dem «Jahrbuch Sucht» hervor, das die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) am Mittwoch veröffentlicht hat.

In dem jährlich erscheinenden Bericht bündeln Experten und Expertinnen der DHS Zahlen und aktuelle Studien zu sucht- und drogenbezogenen Themen. Nach Alkoholproblemen sind Cannabinoid-bezogene Störungen heute der zweithäufigste Anlass, ein Suchthilfeangebot aufzusuchen. Dass nun auch Cannabis im Bericht aufgeführt wird, hat mit einer deutschen Gesetzesänderung zu tun: Seit dem 1. April sind der Besitz, der private Anbau und der Konsum bestimmter Mengen für Erwachsene legal.

«Diesen Weg müssen wir gehen»

Der sozialdemokratische Gesundheitsminister Karl Lauterbach hatte nach der abschliessenden Debatte im Parlament gesagt: «Ich bin selbst über viele Jahre hinweg ein Gegner der Legalisierung gewesen, aber es ist die Wissenschaft, die jetzt sagt: <Diesen Weg müssen wir gehen.>»

Die bisherige Drogenpolitik zu Cannabis war nach Meinung der Bundesregierung an Grenzen gestossen. Die Substanz war trotz Verbot konsumiert worden und der Konsum gestiegen. Schwarzmarkt-Cannabis weise ein erhöhtes Gesundheitsrisiko auf, mit unbekanntem THC-Gehalt und giftigen Beimengungen und Verunreinigungen. Das neue Gesetz sollte den Gesundheitsschutz erhöhen und die cannabisbezogene Aufklärung und Prävention stärken sowie organisierte Drogenkriminalität eindämmen.

Die Wissenschaft weiss allerdings auch um die Risiken dieses Weges. Die Bundesregierung selbst warnt davor, dass das Risiko der Entwicklung einer Abhängigkeit besteht. Insbesondere für Kinder und Jugendliche kann Cannabis gefährlich werden. Eva Hoch, Leiterin des IFT München und Autorin im «Jahrbuch Sucht» der DHS, sagt: «Cannabis ist legal und hat Risiken. Diese Kernbotschaft ist für Kinder, Jugendliche und Erwachsene wichtig. Intensive Aufklärung und Prävention sind notwendig. Wir brauchen dafür viel mehr Ressourcen als bisher.»

Im Vergleich zu anderen berauschenden Substanzen gilt das Suchtpotenzial von Cannabis dennoch als gering. Genaue Zahlen dazu schwanken, laut der Krankenkasse Barmer werden 2 bis 9 Prozent der regelmässig Cannabis konsumierenden Menschen auch abhängig davon. Das heisst, sie zeigen psychische sowie körperliche Suchtmerkmale.

Wer schon im Jugendalter Cannabis konsumiere, habe ein Risiko von 17 Prozent, diese Symptome zu entwickeln. Wer täglich kiffe, habe ein Abhängigkeitsrisiko von 25 bis 50 Prozent. Zum Vergleich: Bei Nikotin liegt das Risiko, durch gewohnheitsmässigen Konsum abhängig zu werden, laut der Krankenkasse bei 67,5 Prozent, bei Alkohol bei 22,7 Prozent und bei Kokain bei 20,9 Prozent.

Ausbau örtlicher Suchthilfen

Peter Raiser, Geschäftsführer der DHS, sagt, es seien in der Suchthilfe parallel zum Anstieg der Cannabis-Suchtkranken auch zielgruppenspezifische Beratungs- und Behandlungsangebote entwickelt worden. «Um diese auch flächendeckend und allen Hilfesuchenden anbieten zu können, braucht es einen Ausbau der örtlichen Suchthilfe.» Laut Raiser gibt es zwar gute Angebote, um einem problematischen Cannabiskonsum vorzubeugen. «Es erscheint jedoch dringend erforderlich, diese Angebote deutlich auszubauen und weiterzuentwickeln.» Die DHS fordert eine auskömmliche Finanzierung von Beratungs- und Schutzmassnahmen. Bei der Behandlung einer Cannabissucht kämen vier Schritte zur Anwendung, die auch bei anderen Drogenabhängigkeiten eingesetzt würden. Zunächst müsse sich der Suchtkranke seine Sucht eingestehen. Dann werde er, möglichst unter ärztlicher Aufsicht, kontrolliert entgiftet. Danach folge die psychische Entwöhnung – und abschliessend eine wirksame Nachsorge.

Chat-GPT liest jetzt „Bild“

Open AI und Springer schließen Deal ab: Das KI-Unternehmen darf Artikel zusammenfassen

Philipp Bovermann, Süddeutsche Zeitung, 15.12.2023

„Was steht heute in der Bild-Zeitung?“ Die KI-Suchmaschine von Microsoft, die keine Listen mit Links mehr ausspuckt wie Google, sondern ausformulierte Antworten, erwidert darauf, sie habe dazu keine Informationen. „Sie können jedoch die neuesten Nachrichten auf der offiziellen Website der Bild-Zeitung lesen“.

Das soll sich ändern.

Seit dem Frühjahr laufen Gespräche verschiedener Presseverleger mit KI-Unternehmen darüber, ob und zu welchen Konditionen die Open-AI-Technologie, die mehreren KIs zugrunde liegt, die Inhalte von Medienhäusern nutzen darf. Nun gibt es einen Deal: Axel Springer hat sich mit Open AI geeinigt, wie der Springer-Konzern nun verkündete. Chat-GPT und andere Chatbots, die mit Open-AI-Technologie arbeiten, dürfen künftig in ihren Antworten aus Artikeln von Springer-Medien zitieren.

Es geht dabei auch darum: Künstliche Intelligenz braucht Texte, um mehr oder weniger intelligent arbeiten zu können. Wenn man zum Beispiel Chat-GPT eine Frage stellt, hängt die Qualität der Antwort stark von den Daten ab, mit denen der Bot gefüttert wurde.

Wie genau dieser Ernährungsplan für KI bislang aussieht, ist weitgehend ungeklärt, Open AI gibt dazu keine genaue Auskunft, sucht aber nach neuem Futter. Im Sommer ist das Unternehmen mit der Nachrichtenagentur Associated Press (AP) übereingekommen, deren archivierte Artikel als Trainingsdaten verwenden zu dürfen. Das gilt jetzt auch für Springer, geht aber darüber hinaus.

Die Einigung mit Springer sieht vor, dass die Chatbots die Artikel des Verlags, aus denen sie ihre Informationen beziehen, verlinken müssen. Das soll dafür sorgen, dass weiterhin Leser auch auf die Websites von Springer klicken und der Verlag dadurch Einnahmen über Online-Werbung generieren kann.

Bislang nutzen die KI-Unternehmen noch den Vorsprung, den sie vor dem Gesetzgeber haben. Mithilfe von automatisierten Programmen durchsuchen sie das Netz nach Texten und Bildern, um sie in ihre Systeme einzuspeisen. Die EU hat diese Praxis des „Data Mining“ 2019 noch vor dem Aufkommen der KI-Chatbots explizit kostenlos erlaubt, der kürzlich beschlossene AI-Act der EU soll das nun ändern.

Er hält fest, dass Anbieter künstlicher Intelligenzen künftig Urheberrechte achten müssen. Was das konkret heißt, muss noch geklärt werden. Nicht zuletzt dadurch ist für die KI-Unternehmen der Druck gestiegen, sich mit den Rechteinhabern zu einigen.

Über den Umfang, in dem Suchmaschinen Auszüge von Artikeln kostenfrei veröffentlichen dürfen, haben Verlegerverbände und Google immer wieder erbittert gestritten. Chatbot-Suchmaschinen aber geben direkt Auskunft über die Inhalte der verlinkten Artikel - man muss nur nachfragen, im Zweifelsfall immer weiter nachfragen, um sich den Klick auf den Link zum Originalartikel zu ersparen. Etwa wenn es sich um kostenpflichtige Inhalte handelt. Die sind nämlich explizit Teil des Deals.

Es wird daher interessant sein zu sehen, wie die Entwickler bei Open AI die Aufbereitung der Nachrichteninhalte in den Antworten konkret gestalten - und vor allem: wie sie den Zugriff der Generatoren auf Bezahlartikel beschränken. Laut Auskunft von Springer existieren dazu Vereinbarungen. Wie die aussehen und wie viel Geld als Teil des Deals zu Springer fließt: Kein Kommentar: kein Kommentar.

Dass unter den großen Verlagen der Springer-Konzern zuerst eine solche Einigung erzielt hat, überrascht nicht. Vergleichsweise viele von dessen Publikationen sind ohnehin ganz oder zu weiten Teilen ohne Bezahlschranke verfügbar. Zudem stürzt sich der Springer-Konzern unter Führung des Digitalaficionados Mathias Döpfner, der sich auch persönlich immer wieder um Anschluss in den Kreis der Tech-Elite bemüht, mit Begeisterung in digitale Trendtechnologien. An große Anläufe in den Bereichen Social Media, Metaverse und Datenmanagement erinnert man sich im Konzern nach großer Anfangsbegeisterung heute eher ungern. Nun also ein neuer Versuch: ChatGPT liest jetzt Bild.

Deutsche Industrie, Überzogener Pessimismus

Isabelle Wermke, Handelsblatt, 26.4.24

Es gibt gute Gründe, das Narrativ von den schlechten Chancen hierzulande zu entkräften.

Deindustrialisierung, Abwanderung von Produktion aus Deutschland, kein zukunftsfähiges Geschäftsmodell – das sind die Schlagwörter, die die Debatte über den Industriestandort Deutschland dominieren. Auch auf der weltgrößten Industrieschau, der Hannover Messe, war der angebliche Niedergang der Industrie Thema. Doch die Nachricht vom vorzeitigen Tod der deutschen Industrie ist weit übertrieben – auch wenn die Lage schwierig ist. Die hohen Energiepreise, der Fachkräftemangel und die Überregulierung belasten die Unternehmen. Und sie investieren zunehmend im Ausland, um diesen Problemen am Standort Deutschland auszuweichen.

Trotzdem sollte man die Flexibilität und Innovationsfähigkeit der Industrie nicht unterschätzen. Die hat sie gerade am Beispiel Energiepreise bewiesen: Die Industrie hat schnell energiesparende Lösungen gefunden. Innovative Elektrotechnik senkt durch energiesparende Schaltersysteme den Verbrauch. In der Produktion werden verstärkt Abwärme und Umgebungsluft für die Prozesse genutzt. In der Hightech-Fertigung sparen Chips, die dem menschlichen Gehirn nachempfunden wurden, Energie beim Rechenprozess. Auch beim Trend Automatisierung reagiert die heimische Industrie als Robotik-Weltspitze schnell und innovativ.

Freilich waren für diese Anpassungen externe Schocks notwendig. Aber die Industrie hat damit unter Beweis gestellt, dass sie alle Voraussetzungen mitbringt, um in einer neuen, digitalen und automatisierten Fertigungswelt global erfolgreich zu sein.

Es wäre zwar ein Fehler, die Überregulierung und die hohen Energiepreise zu banalisieren. Die Politik muss für bessere Rahmenbedingungen sorgen. Da gibt es bei der Ampelkoalition kein Erkenntnis-, aber ein Umsetzungsproblem.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hält die Wirtschaftslage für „dramatisch“, Christian Lindner, sein Kabinettskollege im Finanzministerium, schämt sich sogar für den Standort.

Die Industrie bleibt hier auf absehbare Zeit aber auf sich selbst gestellt und muss vorangehen. Mit innovativen Lösungen klappt das schon gut. Es gibt aber auch Punkte, in denen sie besser werden kann. Wichtig sind jetzt Kooperationen, etwa mit großen Playern, die im digitalen Bereich besser, im Fertigungsbereich aber schlechter sind als deutsche Unternehmen. Von der Angst, dass dadurch Know-how abwandert, muss sich die Industrie verabschieden.

Bei internationalen Plattformen und Kooperationen gehen Unternehmen wie SAP und Siemens mit gutem Beispiel voran. Der Zwang, kreative Lösungen in der Automatisierung und Energieeffizienz zu entwickeln, kann sich zudem als Geschäftsmodell erweisen.

Um das Modell der deutschen Industrie in eine neue Zeit zu transferieren, brauchen die Arbeitskräfte allerdings auch das Know-how von morgen. Gerade bei Zukunftsthemen wie dem Einsatz Künstlicher Intelligenz gibt es davon zu wenig. Auf die Bildungspolitik der Regierung zu hoffen wäre fahrlässig. Die Unternehmen sollten die Weiterbildung ihrer Arbeitskräfte zunehmend selbst in die Hand nehmen.

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Industrie sich immer wieder für Krisen wappnen, sich anpassen muss – nicht nur wegen der notwendigen Transformation im Bereich Digitalisierung und des ökologischen Umbaus, sondern auch wegen der geopolitischen Spannungen, die eher mehr als weniger werden. Resilienz ist in diesen Zeiten das große Thema – und daran hat die Industrie in den vergangenen Jahren hart gearbeitet.

Immerhin, die Konjunkturaussichten in Deutschland und der Weltwirtschaft hellen sich zumindest ein wenig auf. Die Energiepreise sind teilweise wieder auf das Niveau vor Ausbruch des Kriegs in der Ukraine gesunken. Und auch die Auftragseingänge in der Industrie sind im Februar leicht gestiegen, der Produktionsverfall scheint gestoppt zu sein, wie aktuell bei Chemieunternehmen zu hören ist. Und schaut man sich die Bruttowertschöpfung an, die den im Produktionsprozess geschaffenen Mehrwert ermittelt, sieht es gar nicht so schlecht aus.

Für eine Entwarnung ist es zu früh. Aber es liegt nicht nur an der Politik, sondern auch an den Unternehmen, sich dagegenzustemmen. Und die geben durchaus Anlass zu vorsichtigem Optimismus.

Deutschland braucht mehr Investitionen

Christoph Ploß, Die Welt, 9.4.24

Mit einem Brief an das Bundeskabinett sorgte Christian Lindner vor Kurzem im politischen Berlin für Aufregung. Darin erinnerte er seine Kabinettskollegen an den Finanzplan der Ampelkoalition für das Jahr 2025 und brach ihn auf die einzelnen Ressorts herunter. Es wurde deutlich: Die Planungen der Ampelkoalition sehen die mit Abstand größten Kürzungen im Bereich Verkehr und Digitales vor, besonders die Sozialausgaben sollen wiederum steigen. Das zeigt unter anderem, dass wir in Deutschland ein strukturelles Problem haben. Zu lange wurden absehbare Herausforderungen wie der demografische Wandel nicht strukturell angegangen. Vor allem zeigt es aber eine fatale politische Schwerpunktsetzung der Ampelkoalition. Denn in Zeiten einer kränkelnden deutschen Volkswirtschaft braucht unser Land genau das Gegenteil, um Wohlstandsverluste zu vermeiden: mehr Disziplin bei Konsumausgaben und gleichzeitig mehr Investitionen in Infrastruktur und Digitalisierung.

Statt unsere Infrastruktur zu verbessern und die Digitalisierung voranzutreiben, plant die Ampelkoalition für das Wahljahr 2025 aber vor allem mehr Sozialausgaben. Dabei läge hier das größte Potenzial für Einsparungen. Statt mit dem Verteilen von Steuergeldern nach dem Gießkannenprinzip Wählerstimmen erheischen zu wollen, müsste die Ampelkoalition wieder stärker auf einen zielgenauen Sozialstaat setzen. Angesichts knapper werdender Ressourcen muss sich der Sozialstaat stärker darauf konzentrieren, denen zu helfen, die wirklich Hilfe benötigen. Das angebliche "Bürgergeld" ist dabei der größte sozialpolitische Sündenfall der Ampelkoalition: Wie mehrere wissenschaftliche Untersuchungen gezeigt haben, lohnt es sich seit seiner Einführung für manche überhaupt nicht mehr, arbeiten zu gehen. Das ist sozialpolitischer Unsinn und angesichts des Arbeitskräftemangels volkswirtschaftlich unverantwortlich. Statt dringend benötigte Investitionen in unsere Infrastruktur zusammenzustreichen, sollte die Ampelkoalition das Bürgergeld reformieren. Aber auch andere Maßnahmen gehören auf den Prüfstand. Wollen wir uns angesichts einer älter werdenden Gesellschaft und allenthalben fehlender Arbeitskräfte wirklich noch eine Rente mit 63 leisten, die dazu führt, dass teilweise sehr wohlhabende Menschen mit Steuergeldern unterstützt werden? Dieses Geld wäre in Zukunftsinvestitionen für unser Land besser angelegt.

In Zeiten knapper Kassen brauchen wir darüber hinaus einen Mentalitätswechsel. Nicht länger darf die Ampelkoalition jedes Problem damit zu lösen versuchen, dass sie es einfach mit mehr Steuergeld bewirft. Sie muss sich endlich die Frage stellen, wie unser Staat mit knappen Steuergeldern die größtmöglichen Effekte erzielen kann. Beim Infrastrukturausbau müsste sie dazu beispielsweise stärker auf privates Kapital setzen. Auf der ganzen Welt werden zahlreiche Infrastrukturprojekte erfolgreich von privaten Unternehmen finanziert, gebaut und betrieben. Im Gegenzug erhalten diese beispielsweise einen Anteil an den Lkw-Mauteinnahmen oder laufende Zahlungen der staatlichen Projektträger, die sich wiederum Aufsichts- und Kontrollrechte sichern. Einerseits wird damit sichergestellt, dass die gebaute Infrastruktur langfristig gemeinwohlorientierten Zwecken dient, andererseits stellen die beteiligten Privatunternehmen benötigtes Kapital zur Verfügung, tragen das wirtschaftliche Risiko und sorgen für effiziente Strukturen. Die bestehenden Modelle für öffentlich-private Partnerschaften müssten dabei weiterentwickelt werden, insbesondere damit nicht nur Großunternehmen von ihnen profitieren und die ausgeschriebenen Projekte für möglichst viele Marktteilnehmer wettbewerbsfähig sind.

Insgesamt zeigen aber zahlreiche internationale und nationale Beispiele wie der erfolgreiche sechsspurige Ausbau des Nadelöhrs A8 zwischen Ulm und München, dass den Risiken öffentlich-privater Partnerschaften besonders durch sorgfältige Vertragsgestaltung Rechnung getragen werden kann. In diesem Fall wurden beide Bauabschnitte sogar vor dem vereinbarten Fertigstellungstermin übergeben. Konnten es sich Koalitionsregierungen in Zeiten einer boomenden Wirtschaft und stetig steigender Steuereinnahmen noch eher leisten, linken Ausgabenwünschen im Interesse stabiler Mehrheit in der politischen Mitte zumindest teilweise entgegenzukommen, sind dem heute enge Grenzen gesetzt. Dem Versuch der Ampelkoalition, diese zu sprengen, hat das Bundesverfassungsgericht zu Recht einen Riegel vorgeschoben.

Dafür müssen vor allem die kommenden Generationen der Weitsicht all derer dankbar sein, die 2009 eine Schuldenbremse ins Grundgesetz aufgenommen haben. Die Ampelkoalition muss diese finanzpolitischen Realitäten jetzt anerkennen und endlich ihren politischen Auftrag, klare politische Schwerpunkte zugunsten der Zukunftsfähigkeit Deutschlands zu setzen, ernst nehmen.